

## **BGH - BGB § 1587g, § 1587a II Nr. 3 S. 1a, § 1587a II Nr. 3 S. 1b**

(XII. ZS, Beschluß v. 29.9.1999 - XII ZB 21/97 [OLG Hamm])

### **Zur Bewertung einer schuldrechtlichen Ausgleichsrente aus einer betrieblichen Altersversorgung bei dem Essener Verband.**

Gründe:

I.

Die ASt. nimmt den AGg. auf Zahlung einer Ausgleichsrente im Rahmen des schuldrechtlichen Versorgungsausgleichs [VersAusgl] in Anspruch.

1. Die 1934 geborene ASt. und der 1926 geborene AGg. hatten am 30. 4. 1959 die Ehe geschlossen. Auf den dem AGg. am 6. 9. 1982 zugestellten Scheidungsantrag der ASt. hatte das AmtsG - FamG - durch Verbundurteil v. 17. 8. 1983 die Ehe der Parteien geschieden (rechtskräftig seit 1985) und u. a. den öffentlich-rechtlichen VersAusgl durch Rentensplitting zugunsten der ASt. durchgeführt. Im übrigen hatte das Gericht wegen des Ausgleichs der betrieblichen Altersversorgung des AGg. den schuldrechtlichen VersAusgl vorbehalten. Nachdem beide Parteien gegen das Verbundurteil - jeweils zum Teil mit Erfolg - Rechtsmittel zum OLG und zum BGH eingelegt hatten, führte eine Verfassungsbeschwerde der ASt. wegen Verfassungswidrigkeit des § 2 VAHRG a. F. (BVerfGE 71, 364 ff. = FamRZ 1986, 543) zur Aufhebung der angegriffenen Urteile, soweit „der schuldrechtliche VersAusgl

FamRZ 2000 - Seite 90

angeordnet wurde“. Im Umfang der Aufhebung wurde die Sache an das AmtsG zurückverwiesen.

Nach der Zurückverweisung führte das AmtsG durch Beschluß v. 29. 10. 1991 erneut den öffentlich-rechtlichen VersAusgl durch Rentensplitting gemäß § 1587b I BGB und zusätzlich durch erweitertes Splitting nach § 3b I Nr. 1 VAHRG zu Lasten der Rentenanwartschaften des AGg. bei der Bundesversicherungsanstalt für Angestellte durch. Auf die Anschlußbeschwerde des AGg. änderte das OLG - unter Zurückweisung der Beschwerde der ASt. - durch Beschluß v. 8. 7. 1993 die amtsgerichtliche Entscheidung teilweise ab und übertrug im Wege des Rentensplittings Anwartschaften i. H. von monatlich 560,18 DM sowie im Wege des erweiterten Splittings Anwartschaften i. H. von monatlich 49,20 DM, jeweils bezogen auf den 31. 8. 1982, vom Konto des AGg. auf das Konto der ASt. Hinsichtlich der dem AGg. im übrigen zustehenden Anrechte der betrieblichen Altersversorgung bei der Firma H. AG, jetzt F. AG H. (im folgenden: Fa. H. AG), verwies das OLG die Parteien auf den schuldrechtlichen VersAusgl.

2. Mit der Behauptung, der AGg. beziehe inzwischen nach Erreichen der Altersgrenze die betriebliche Altersversorgung aus dem Essener Verband und sie selbst erhalte seit dem 1. 9. 1994 eine nicht mehr entziehbare Invaliditätsrente, hat die ASt. im Dezember 1994 beantragt, den schuldrechtlichen VersAusgl durchzuführen. Das AmtsG - FamG - hat nach Einholung von Auskünften bei der Fa. H. AG und dem Essener Verband durch Beschluß v. 28. 2. 1996 dem AGg. aufgegeben, aus einer betrieblichen Altersversorgung - auf der Grundlage einer angenommenen Betriebszugehörigkeit vom 1. 1. 1955 bis Ende April 1991 - an die ASt. für die Zeit vom 1. 9. 1994 bis zum 31. 12. 1994 eine monatliche Ausgleichsrente i. H. von 3.416 DM und ab 1. 1. 1995 eine solche von 3.494,20 DM zu zahlen. Gegen den Beschluß haben die ASt. Beschwerde und der AGg. Anschlußbeschwerde eingelegt.

Die ASt. hat höhere monatliche Ausgleichszahlungen begehrt und dazu ausgeführt: Für die Berechnung der ihr gebührenden schuldrechtlichen Ausgleichsrente seien zum Teil höhere Betriebsrenten zugrunde zu legen. Außerdem sei die Ehezeitquote anders zu berechnen; denn der AGg. sei nicht am 1. 1. 1955, sondern erst am 1. 5. 1955 bei der Fa. H. AG eingetreten. Dadurch sei der Ehezeitanteil höher zu bewerten und ein entsprechend höherer Ausgleichsbetrag festzusetzen. Bei der Dynamisierung der betrieblichen Anwartschaft sei, ebenso wie schon in der Erstentscheidung, zu Unrecht die Tabelle 1 der BarwertVO mit dem Barwertfaktor 5,4 anstelle der Tabelle 7 mit dem Barwertfaktor 10,2 zugrunde gelegt worden. Schließlich sei auch der bereits in der Ausgangsentscheidung angenommene Grenzwert von 49,20 DM gemäß § 18 SGBIV unzutreffend, weil die Auskunft der Bundesversicherungsanstalt für Angestellte zu den gesetzlichen Rentenanwartschaften des Antragsgegners wegen

Nichtberücksichtigung bestimmter eingezahlter Beträge fehlerhaft gewesen sei. Bei richtiger Auskunft hätte sich ein niedrigerer Grenzwert ergeben, der jetzt bei der Berechnung der Ausgleichsrente zu berücksichtigen sei.

Der AGg. hat sich gegen die Bewertung seiner Betriebszugehörigkeit durch das FamG gewandt und geltend gemacht, er sei bereits am 19. 2. 1954 bei der W. AG, einer Tochtergesellschaft der damaligen Fa. H. AG, eingetreten. Daraus folgt eine Betriebszugehörigkeit von Februar 1954 an. Außerdem sei er nicht mit Vollendung des 65. Lebensjahres, sondern erst Ende Dezember 1991 bei der Fa. H. AG ausgeschieden. Seine Betriebszugehörigkeit belaufe sich damit auf insgesamt 455 Monate statt der bislang zugrunde gelegten 436 Monate. Damit ergebe sich ein für ihn günstigeres Verhältnis der Ehezeit zur Betriebszugehörigkeit.

Das OLG hat die Beschwerde der ASt. zurückgewiesen. Auf die Anschlußbeschwerde des AGg. hat es den amtsgerichtlichen Beschluß teilweise abgeändert und dem AGg. die Zahlung folgender Ausgleichsbeträge aufgegeben:

- a) für die Zeit vom 1. 9. 1994 bis zum 31. 12. 1994 monatlich 3.226,89 DM,
- b) für die Zeit vom 1. 1. 1995 bis zum 30. 6. 1995 monatlich 3.306,54 DM,
- c) für die Zeit vom 1. 7. 1995 bis zum 30. 6. 1996 monatlich 3.387,13 DM,
- d) für die Zeit ab 1. 7. 1996 monatlich 3.425,61 DM.

Hiergegen wendet sich die ASt. mit der zugelassenen weiteren Beschwerde, mit der sie ihr Begehren auf Erhöhung der monatlichen Ausgleichsrenten nach Maßgabe ihres Vorbringens aus dem Beschwerdeverfahren weiter verfolgt.

II.

Das Rechtsmittel hat teilweise Erfolg und führt insoweit zu einer Neuberechnung der an die ASt. zu zahlende Ausgleichsrente.

...

Bei der **Ermittlung der Höhe** der von dem AGg. an die ASt. zu zahlenden Ausgleichsrente kann dem OLG, wie die weitere Beschwerde insoweit zu Recht rügt, nicht in vollem Umfang gefolgt werden.

1. Der AGg., der bis zu seinem Eintritt in den Ruhestand als leitender Angestellter bei der Fa. H. AG beschäftigt war, bezieht eine Betriebsrente, die

in der Zeit vom 1. 9. bis zum 31. 12. 1994 monatlich 11.172,65 DM,

in der Zeit vom 1. 1. bis zum 30. 6. 1995 monatlich 11.430,25 DM,

in der Zeit vom 1. 7. 1995 bis zum 30. 6. 1996 monatlich 11.694,85 DM betrug

und sich

ab 1. 7. 1996 auf monatlich 11.819,45 DM belief.

Diese **Betriebsrente** ist - i. H. des jeweiligen Zahlbetrages - Grundlage für die Berechnung der der ASt. zustehenden schuldrechtlichen (Versorgungs-)Ausgleichsrente (§ 1587g BGB). Einer **Umrechnung in voll dynamische Anrechte** bedarf es hierbei, anders als im öffentlich-rechtlichen VersAusgl, grundsätzlich nicht

(vgl. Senatsbeschluß v. 13. 11. 1996 - XII ZB 131/94 -, FamRZ 1997, 285 = BGHR, BGB § 1587g Dynamisierung 1, m.w.N.).

Für die Ermittlung der auszugleichenden Versorgung gilt nach § 1587g II S. 1 BGB die Vorschrift des § 1587a BGB entsprechend. Bei dieser entsprechenden Anwendung des § 1587a BGB ist dem Umstand Rechnung zu tragen, daß die **Betriebszugehörigkeit** des AGg. inzwischen tatsächlich nicht mehr fort dauert. Aus diesem Grund ist die Wertermittlung nicht unter Anwendung des § 1587a II Nr. 3 S. 1a - im Wege einer Prognose der Dauer der Betriebszugehörigkeit bis zu der in der Versorgungsregelung vorgesehenen festen Altersgrenze - vorzunehmen, sondern entsprechend der Regel, die in § 1587a II Nr. 3 S. 1b für den Fall vorgesehen ist, daß die Betriebszugehörigkeit schon **vor Ende der Ehezeit beendet** war

(vgl. Senatsbeschuß, BGHZ 110, 224, 228, 229 = FamRZ 1990, 605; Senatsbeschuß v. 28. 10. 1992 - XII ZB 114/91 -, FamRZ 1993, 304, 306).

Der Anspruch der ASt. auf die **Ausgleichsrente** bemißt sich demgemäß nach dem Verhältnis der in die Ehezeit fallenden Betriebszugehörigkeit des AGg. zu dessen gesamter Betriebszugehörigkeit bei der Fa. H. AG. Von dem auf diese Weise ermittelten Ehezeitanteil der Betriebsrente gebührt der ASt. die Hälfte unter Abzug des - durch „**Rück-"Dynamisierung** zu ermittelnden und aktualisierten statischen - Wertes des bereits im öffentlich-rechtlichen VersAusgl durch **erweitertes Splitting** nach § 3b I Nr. 1 VAHRG ausgeglichenen Teilbetrages von monatlich 49,20 DM

(vgl. Johannsen/Henrich/Hahne, Ehe recht, 3. Aufl., § 1587g BGB Rz. 12 ff.; Soergel/Vorwerk, BGB, 12. Aufl., § 1587g Rz. 13).

2. a) Der AGg. war im Zeitpunkt der Eheschließung, am 30. 4. 1959, bereits bei der Fa. H. AG beschäftigt. Seine

FamRZ 2000 - Seite 91

Betriebszugehörigkeit dauerte bei Scheidung der Ehe an. Die gesamte Dauer der Ehezeit i. S. von § 1587 II BGB - vom 1. 4. 1959 bis zum 31. 8. 1982 - fällt daher mit 281 Monaten in den Zeitraum der Betriebszugehörigkeit.

b) Über den rechtlich relevanten **Beginn und das Ende der Gesamtbetriebszugehörigkeit** des AGg. gehen die Meinungen der Parteien auseinander.

aa) Das OLG hat sich hierzu der Auffassung des AGg. angeschlossen und - zunächst - zum Beginn der Betriebszugehörigkeit ausgeführt:

Die Gesamtbetriebszugehörigkeit beschränke sich nicht auf die Zeit vom 1. 1. 1955 bis zum Erreichen der Altersgrenze. Vielmehr sei der AGg. bereits im Februar 1954 beim Essener Verband geführt worden. Wenn er auch erst am 1. 1. 1955 oder am 1. 5. 1955 bei der Fa. H. AG eingetreten sei, stehe dem nicht entgegen, daß er bereits ab Februar 1954 bei der W. beschäftigt gewesen sei. Daß dies der Fall gewesen sei, ergebe sich aus einer von dem AGg. vorgelegten, von der Fa. H. AG ausgestellten Lohnbescheinigung für Februar 1986, die als Eintrittsdatum den 19. 2. 1954 ausweise. Daraus folge, daß die Leistungsordnung des Essener Verbandes, dem die W. als Konzerntochter der Fa. H. AG angehört habe, für den AGg. bereits ab Februar 1954 Geltung besessen habe und für die Betriebsrente maßgeblich gewesen sei.

Dem ist, wie die weitere Beschwerde zu Recht geltend macht, nicht zu folgen.

Nach dem von der ASt. vorgelegten Schreiben der W. AG an den AGg. v. 22. 2. 1954 wurde dieser „ab 19. 2. 1954 als Praktikant für ein Jahr, also befristet bis längstens 18. 2. 1955", bei der W. beschäftigt. Für die Beurteilung der Betriebszugehörigkeit des AGg. nach § 1587a II Nr. 3b BGB ist diese **Praktikantentätigkeit ohne rechtliche Bedeutung**.

Denn die Zusage der betrieblichen Altersversorgung beruht auf dem Dienstvertrag des AGg. mit der Fa. H. AG. Nach § 7 I dieses Dienstvertrages regeln sich die Ansprüche auf eine spätere Altersversorgung, auf Hinterbliebenenbezüge oder auf Leistungen bei vorzeitiger Berufs- und Erwerbsunfähigkeit nach der **Leistungsordnung des Essener Verbandes**.

Der Essener Verband ist ein **sog. Richtlinien- oder Regelungsverband**, der der Vereinheitlichung der Versorgungsleistungen für die angeschlossenen Unternehmen dient, jedoch nicht selbst die Versorgung der Arbeitnehmer bezweckt und keine Leistungen der betrieblichen Altersversorgung erbringt

(vgl. Blomeyer/Otto, BetrAVG, 2. Aufl., Einleitung Rz. 107, 175, 820; Höfer, BetrAVG, Bd. I Arbeitsrecht, 1999, ART Rz. 158).

Der Versorgungsvertrag besteht ausschließlich zwischen dem dem Essener Verband angeschlossenen Unternehmen als Arbeitgeber und dessen Arbeitnehmer, und auch die Deckungsmittel für die Finanzierung der Zusagen verbleiben bei dem Unternehmen, das letztlich die wirtschaftliche Last aus der betrieblichen Altersversorgung allein zu tragen hat. Das Unternehmen meldet den einzelnen Arbeitnehmer bei dem Essener Verband an. Für den Zeitpunkt der Erteilung einer Versorgungszusage an den Arbeitnehmer ist indessen nicht die Anmeldung zum Verband, ggf. durch einen früheren verbandsangehörigen Arbeitgeber, maßgeblich, sondern der Beginn der Betriebszugehörigkeit bei dem verbandsangehörigen Arbeitgeber (vgl. Höfer, a.a.O., § 1 Rz. 1334; MünchKomm/Rühmann, BGB, 3. Aufl., § 1587a Rz. 304). Allerdings sieht § 3 VI der Leistungsordnung A des Essener Verbandes hierzu vor, daß **jedes angefangene Kalenderjahr als volles Dienstjahr** gilt.

Nach § 7 II des Dienstvertrages ist der AGg. dem Essener Verband „seit 1955“ gemeldet.

Dem entspricht das Schreiben der Fa. H. AG an den AGg. vom 12. 5. 1955, in dem sich das Unternehmen bereit erklärte, den AGg. „mit Wirkung v. 1. 5. 1955 als Sachbearbeiter für unsere Steuerabteilung einzustellen“. Gemäß § 3 VI der Leistungsordnung A folgt hieraus i. V. mit der Anmeldung des AGg. zum Essener Verband i. J. 1955 eine rechtlich relevante Betriebszugehörigkeit des AGg. bei der Fa. H. AG seit dem 1. 1. 1955 (vgl. hierzu Senatsbeschuß v. 10. 9. 1997 - XII ZB 133/94 -, FamRZ 1998, 420, 421 li. Sp. unten/re. Sp. oben). In diesem Sinn hat die Fa. H. AG im Ausgangsverfahren über den öffentlich-rechtlichen VersAusgl sowohl mit Auskunft v. 1. 3. 1983 als auch mit einer weiteren Auskunft v. 22. 3. 1991 jeweils ausdrücklich den 1. 1. 1955 als Anfangszeitpunkt der für die Versorgungsleistung maßgeblichen Betriebszugehörigkeit angegeben.

Einer nochmaligen Bestätigung dieses Zeitpunkts durch Einholung einer weiteren - dritten - Auskunft, wie sie die ASt. im Beschwerdeverfahren begehrt hat, bedurfte es nicht.

bb) Als Ende der Betriebszugehörigkeit des AGg. hat das OLG den 31. 12. 1991 angenommen. Es ist dabei dem Vortrag des AGg. gefolgt, daß er seine Stellung bei der Fa. H. AG über die Regelaltersgrenze hinaus bis zum Jahresende 1991 inne gehabt habe. Unrichtige Angaben des AGg. über das Ende seiner beruflichen Tätigkeit hat das OLG für „schlechthin ausgeschlossen“ gehalten, zumal es nicht unüblich sei, daß ein leitender Angestellter nicht mit Vollendung des 65. Lebensjahres aus einem Unternehmen ausscheide, sondern erst mit dem Ablauf des entsprechenden Kalenderjahres.

Hiergegen wendet sich die weitere Beschwerde ohne Erfolg.

Der AGg. hat bereits im Verfahren über den öffentlich-rechtlichen VersAusgl nach der Zurückverweisung an das AmtsG mit Schriftsatz v. 13. 12. 1990 vorgetragen, er sei beim Vorstand der Fa. H. AG vorstellig geworden, sein Dienstverhältnis auf Antrag bis zum 31. 12. 1991 zu verlängern. Diesem Antrag sei stattgegeben worden. Mithin werde er im Kalenderjahr 1991 weiterhin seine Dienstbezüge und erst ab 1. 1. 1992 die Pensionsleistungen aus der Ruhegeldzusage erhalten. Demgemäß haben sowohl das AmtsG in dem Beschuß v. 29. 10. 1991 als auch das OLG in dem Beschuß v. 8. 7. 1993 ausgeführt, das Dienstverhältnis des AGg. bei der Fa. H. AG ende mit Ablauf des 31. 12. 1991, bzw. der AGg. sei bis zum 31. 12. 1991 bei der Fa. H. AG beschäftigt gewesen. Entsprechend hat der Essener Verband dem AGg. im Auftrag der Fa. H. AG am 9. 12. 1991 mitgeteilt, daß er „auf seinen Antrag das Ruhegeld nach der Leistungsordnung A festgestellt habe mit monatlich ab 1. 1. 1992 (8.700 DM zzgl. Sonderzahlungen abzüglich Leistung der gesetzlichen Rentenversicherung) 10.829,70 DM . . .“.

Angesichts dieser Mitteilung des Essener Verbandes brauchte der ASt. entgegen der Auffassung der weiteren Beschwerde keine Gelegenheit zu Äußerungen „aus ihrer Sicht zur Frage der **Dauer der Betriebszugehörigkeit** (objektiv und subjektiv)“ in einer mündlichen Verhandlung gegeben zu werden.

Auch sonst stellt es keinen Rechtsfehler dar, daß das OLG nach der Mitteilung des für die Festsetzung des Ruhegeldes zuständigen Essener Verbandes v. 9. 12. 1991 von einer Beschäftigungsdauer des AGg. bei der Fa. H. AG bis zum Jahresende 1991 und seinem Eintritt in den Ruhestand ab 1. 1. 1992 ausgegangen ist. Seine für die Beurteilung nach §§ 1587g II, 1587a II Nr. 3b BGB maßgebliche Gesamtbetriebszugehörigkeit endete demgemäß am 31. 12. 1991.

cc) Der Ehezeitanteil der von dem AGg. erworbenen Betriebsrente berechnet sich damit nach dem Verhältnis von 281 Monaten ehezeitlicher Betriebszugehörigkeit zu 444 Monaten (1. 1. 1955 bis 31. 12. 1991 = 37 Jahre) gesamter Betriebszugehörigkeit, also mit 63,29 %. Danach betragen der Ehezeitanteil der Betriebsrente und der hierauf entfallende hälftige Anteil:

a) vom 1. 9. bis 31. 12. 1994 (63,29 % von 11.172,65 DM =) 7.071,17 DM; davon die Hälfte: 3.535,59 DM,

b) vom 1. 1. bis 30. 7. 1995 (63,29 % von 11.430,25 DM =) 7.234,21 DM; davon die Hälfte: 3.617,10 DM,

c) vom 1. 7. 1995 bis 30. 6. 1996 (63,29 % von 11.693,85 DM =) 7.401,67 DM; davon die Hälfte: 3.700,84 DM,

FamRZ 2000 - Seite 92

d) vom 1. 7. 1996 an (63,29 % von 11.819,45 DM =) 7.480,53 DM; davon die Hälfte: 3.740,26 DM.

3. Auf die vorstehenden (hälftigen) Beträge sind, wie von dem OLG zutreffend dargelegt, die bereits durch den öffentlich-rechtlichen VersAusgl im Wege des erweiterten Splittings auf die ASt. übertragenen Anwartschaften - nach Rück-Dynamisierung und Aktualisierung - anzurechnen.

a) Hierzu macht die weitere Beschwerde ohne Erfolg geltend, bei der Dynamisierung des nach § 3b I VAHRG ausgeglichenen Betriebsrentenanteils sei im Ausgangsverfahren zu Unrecht die Tabelle 1 der BarwertVO mit dem Barwertfaktor 5,4 und nicht die Tabelle 7 mit dem Barwertfaktor 10,2 angewandt worden; das müsse bei der Rückrechnung korrigiert werden mit der Folge, daß sich eine Anhebung des Grenzwertes nach § 18 SGBIV ergebe, die sich wiederum auf die Höhe des nunmehr anstehenden schuldrechtlichen VersAusgl auswirken müsse.

Das OLG hat zu diesen bereits im Beschwerdeverfahren von der ASt. vorgetragenen Erwägungen rechtlich zutreffend darauf hingewiesen, daß die Voraussetzungen des § 5 BarwertVO (mit Anwendung der Tabelle 7) im Streitfall nicht vorlagen (vgl. Senatsbeschuß v. 23. 9. 1998 - XII ZB 123/94 -, FamRZ 1999, 218).

Die **Dynamisierung im Rahmen des erweiterten Splittings** ist demgemäß rechtsfehlerfrei nach Maßgabe des § 2 II BarwertVO unter Anwendung der Tabelle 1 durchgeführt worden. Im übrigen hätte sich, wie das OLG ebenfalls zutreffend ausgeführt hat, auch eine Dynamisierung unter Anwendung der Tabelle 7 der BarwertVO nicht auf die Höhe des nach § 3b I Nr. 1 VAHRG zu übertragenden Betrages ausgewirkt, da der Grenzwert (2 % der monatlichen Bezugsgröße gemäß § 18 SGBIV) mit 49,20 DM für das Jahr 1982 (Ende der Ehezeit) gesetzlich festgelegt ist (vgl. dazu jetzt FamRZ 1999, 212). Es ist unter diesen Umständen nicht ersichtlich, inwiefern auf die weitere Beschwerde eine Erhöhung der schuldrechtlichen Ausgleichsrente im Hinblick auf den durch erweitertes Splitting öffentlich-rechtlich ausgeglichenen Betrag in Betracht kommen sollte.

b) Für die Rückrechnung des nach § 3b I Nr. 1 VAHRG ausgeglichenen dynamischen Betrages von monatlich 49,20 DM in einen staatlichen Wert hat das OLG zu Recht wiederum den Barwertfaktor 5,4 zugrunde gelegt (vgl. Glockner/Uebelhack, Die betriebliche Altersversorgung im Versorgungsausgleich, Rz. 162, S. 141). Auch i. ü. hat es zutreffend - unter Anwendung der BarwertVO und der Rechengrößen, jedoch in umgekehrten Rechenschritten - aus dem dynamischen Betrag von monatlich 49,20 DM einen statischen Wert von monatlich 146,10 DM ermittelt, den es sodann zeitabschnittsweise - entsprechend den zeitlichen Erhöhungen der Betriebsrente - jeweils hochgerechnet hat

(vgl. hierzu Johannsen/Henrich/Hahne, a.a.O., § 1587g BGB Rz. 14, sowie das Berechnungsbeispiel bei BGB-RGRK/Wick, 12. Aufl., § 1587g Rz. 18 im 2. Teil).

Bei den Hochrechnungen ist allerdings für die Zeit ab 1. 7. 1996 der inzwischen bekannte aktuelle Rentenwert von 46,67 DM (statt 46,23 DM, wie noch vom OLG angenommen) zugrunde zu legen mit der Folge, daß der Betrag von monatlich 146,10 DM (auf der Grundlage des Ehezeitendes i. J. 1982) ab 1. 7. 1996 einem Wert von monatlich 226,38 DM entspricht ( $146,10 \text{ DM} : 30,12 \times 46,67$ ).

c) Damit ergeben sich in teilweiser Abweichung von der Entscheidung des OLG folgende von dem AGg. an die ASt. zu zahlende Ausgleichsrenten:

a1) vom 1. 9. 1994 bis zum 31. 12. 1994 monatlich 3.535,59 DM abzüglich 223,12 DM = 3.312,47 DM,

b1) vom 1. 1. 1995 bis zum 30. 6. 1995 monatlich 3.617,10 DM abzüglich 223,12 DM = 3.393,98 DM,

c1) vom 1. 7. 1996 bis zum 30. 6. 1996 monatlich 3.700,84 DM abzüglich 224,24 DM = 3.476,60 DM,

d1) vom 1. 7. 1996 an monatlich 3.740,26 DM abzüglich 226,38 DM = 3.513,88 DM.

**Fundstelle:**

FamRZ 2000, 89

**Schlagworte:**

Alter, Altersversorgung, Betrieb, Betriebsrente, Dynamik, Dynamisierung, VersAusgl, Versorgung, Versorgungsausgleich, Zugehörigkeit

**DokNr:**

20000089001